

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM mit Aufträgen; einzelne Nummern 15 Pf.
: Gemeinde-Verbands- Girokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Pettizelle 20 Reichspennige, Eingeladent und Reklamen 50 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 244

Sonnabend, am 18. Oktober 1930

96. Jahrgang

Freitag und Sonnabend, den 24. und 25. Oktober 1930, sind die Diensträume im Schloß und Bezirksamt wegen Reinigung nur vormittags für dringende Geschäfte geöffnet. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 16. Oktober 1930.

Stangen- und Brennholzverkäufung auf Bärenfelder Staatsforstrevier (Bärenfelder Teil).

Mittwoch, am 22. Oktober 1930, nachmittags 5 Uhr, kommen im Gasthof „Waldmühle“ (Pöbelsal) etwa 2000 Baumstämme, 1000 Verbastangen, 3000 Reisstangen und 300 m hartes und weiches Brennholz (Schelle, Knüppel, Jochen, Keste) aus den Abt. 2, 4, 8, 10, 16, 33, 42, 54—67, 70—74, 79—82, 85—87 und 91 meistbietend gegen Vorzahlung zur Versteigerung. Forstamt Bärenfeld.

Bekanntmachung.

Wegen nötiger Herstellung wird die Straße von Reinberg nach Wendischardt vom 20. bis 23. d. M. gesperrt. Der Verkehr wird während dieser Zeit über Oberbühlitz verlaufen. Oberbühlitz, 18. Oktober 1930. Der Gemeinderat.

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Gestern ereigneten sich hier zwei, glücklicherweise nur leichtere Unfälle. In der Nähe der Reichstrasse fuhr ein Radfahrer den Knaben des Maschinenarbeiters Ködiger an, der sich beim Sturze eine Gehirnerschütterung zuzog, und auf der Bahnhofstraße wurde eine Radfahrerin von einem Motorradfahrer angefahren. Die Tochter des Landwirts Böhmke wollte Rassee auf Feld bringen. Beim Bahnhof überholte sie ein Expeditionsgehirr. In diesem Augenblick bog der Handlungsgehilfe U. vom Bahnhof her in die Bahnhofstraße ein, fuhr die B an, die stürzte, und fuhr, was recht verwerflich ist, sofort weiter, ohne sich um das Mädchen zu kümmern. Dieses erlitt einen Bluterguß im Kniegelenk und verschiedene leichte Verletzungen; außerdem wurde das Rad demoliert.

Der Weißeritzgau im Sächsischen Stenographenverband hielt am Mittwoch im Gasthof zum Felsenkeller eine stark besuchte Vertreterversammlung ab. Zunächst berichtete Verlein, Freital, über den Deutschen Stenographenverband in Berlin. Anschließend wurde die Gliederung der stenographischen Körperschaften, besonders die Gaueninteilung, sehr eingehend besprochen. Die überwiegende Mehrheit der Vereinsvertreter stellte sich auf den Standpunkt, daß Großgaue nicht erstrebenswert sind, weil sie wahrscheinlich in der Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Vereinen zu wünschen übrig ließen. Mit dem Nachbargau Freiberg soll zwecks eventueller Zusammenarbeit Fühlung genommen werden, der Vorsitzende des Freiburger Gaues nahm aus diesem Grunde bereits an der Sitzung des Weißeritzgauer teil. Als Vertreter für die Herbstversammlung des Sächsischen Stenographenverbandes in Chemnitz wurden Seppert, Freital, und Müllner, Tharandt, gewählt. Seit Anfang Oktober ist unter Leitung des Gaues ein neuer Unterrichtslehrgang in Cossmannsdorf im Gange, der noch vor Weihnachten mit einer Abschlußprüfung beendet werden soll. Am 16. November findet in Tharandt das diesjährige Gauwettstreben statt, wobei dem tüchtigsten Verein ein Wanderpreis in Gestalt eines Riesentisches winkt. Dem Schnellstreben wird ein Schön- und Richtigstreben angehängt.

Glashütte. Der Kassenvorstand der Allg. Ortskrankenkasse hat gemäß der Notverordnung der Reichsregierung die Herabsetzung der Beiträge auf 7 Proz. des Grundlohnes, vorbehaltlich der Zustimmung des Oberversicherungsamtes, beschlossen. Die Vorstandsmitglieder, die bei der kürzlich erfolgten Wahl aus der freien Arbeitnehmerliste hervorgegangen sind, haben zur großen Verwunderung ihrer Wähler noch keine Anträge über Kürzung bzw. Streichung von Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern usw. gestellt und werden sie, wie wir hören, auch nicht stellen. Es hat sich eben herausgestellt, daß man mit den Versprechungen auf einem Flugblatt, das dem Verleger bald zum Verhängnis geworden wäre, und von demselben geistigen Vater man sonst peinlich distanz hält, doch etwas zu weit gegangen ist. Die außerordentliche Schärfe des Wahlkampfes und die sich daraus ergebenden persönlichen Verunglimpfungen, die auch zu Verstimmungen im Vereinsleben geführt haben, hätten vermieden werden können, wenn seinerzeit der Kassenvorstand nicht so hartnäckig auf seinem Standpunkt geblieben wäre, keinen freien Wahlvorschlag dulden zu wollen.

Höckendorf. Die nächste Rätterberatungsunde findet Montag, den 20. Oktober, nachmittags 2—3 Uhr, in der Schule statt.

Dresden. Der Flughafen Dresden, der vom Reichsverkehrsministerium nach dem Unglück am 6. Oktober gesperrt

Stürme im Reichstag

Berlin, 17. Oktober.

Der Reichstag begann am Freitag seine Sitzung um 10 Uhr vormittags, und zwar wurde zunächst der

Gesetzentwurf über die Schuldentilgung

beraten. Auf Antrag des Abgeordneten von Lindener (Volkst.) wurde der von den Volkst. konservativen eingebrachte Gesetzentwurf auf sofortige Durchführung der Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens in die Besprechung einbezogen. Als erster Redner kam der Kommunist Dr. Reubauer zu Wort, um einen kommunistischen Antrag auf schwerste Bestrafung der Kapitalverschleier zu begründen. Als er hierbei erklärte, daß der Nationalsozialist Feder kurz vor dem Hitler-Putsch sein Kapital ins Ausland gebracht habe, kam es zu tumultuärischen Zwischenfällen.

Abg. Dr. Duack (Dn.) wünschte von dem Finanzminister die eigentlichen Gläubiger Deutschlands zu erfahren. Auch mit der vorliegenden Anleihe würden die Finanzen nicht in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht, den deutschen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und gleichzeitig aus den Mitteln des verarmten deutschen Volkes den riesigsten Militarismus zu finanzieren, den die Welt je gesehen hat, den Franzosen.

Dr. Dietrich im Oppositionsturm

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, von den Nationalsozialisten mit lauten Zurufen empfangen, gab zunächst eine zahlenmäßige Aufstellung der schwebenden deutschen Schuld, die 1,213 Milliarden beträgt. Infolge der starken Anforderungen für die Arbeitslosenversicherung sei eine Verminderung dieser Schuld verhindert worden, so daß die finanzielle Lage des Reiches am 1. 4. 1931 die gleiche sein würde wie am 1. 4. 1930. Mit der Anleihevorlage werde es gelingen, den Etat zu balancieren und die schwebende Schuld abzubauen. Er erklärte dann mit erhobener Stimme,

daß er bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe mit keinem Wort die Verwendung legendernes deutschen Monopols zugelegt oder versprochen habe, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Young-Vertrages verzichtet werde. Diese Erklärung gebe er für die gesamte Reichsregierung ab.

Der Abg. Keil (Soz.) erklärte die Bereitschaft der Sozialdemokraten, mit allen Kräften an der Ordnung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Als er dann das Protokoll der Bernehmung eines Münchener Polizeibeamten über die Abhebung eines Aktienpakets von einem Bankhaus im November 1923, wenige Tage vor dem Rapp-Putsch, seitens des Abgeordneten Feder verliest, kam es zu neuen turbulenten Szenen. Die leidenschaftlichen Zwischenrufe auf nationalsozialistischer Seite führten u. a. zur Ausschließung des Abg. Koch-Ostpreußen (Nat.-Soz.) von der Sitzung.

Abg. Dr. Bang (Dnt.) meinte, daß sich die Regierung über die finanzielle Wirkung ihrer Vorlage täusche.

Nach Ablehnung deutschnationaler und nationalsozialistischer Änderungsanträge wurde das Schuldentilgungsgesetz nach der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die große politische Aussprache

Sozialdemokratie gegen Ausschaltung des Parlaments.

Abg. Müller (Soz.) sprach als erster Redner. Die Nationalsozialisten verließen demonstrativ den Saal. Der sozialdemokratische Redner erklärte, die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung werde dadurch beeinträchtigt, daß gegenwärtig Deutschland eine der schwersten Wirtschaftskrisen erleidet. Wäre es anders, so würden die Sozialdemokraten sehr deutlich ihr Mißtrauen gegen Minister wie Schiele und Treviranus bekunden. Die Sozialdemokraten würden sich aber von keiner Partei den Reitpunkt vorzeichnen lassen, an dem sie zum Anarichismus

wurde, wurde am Donnerstag von einer Sachverständigenkommission besucht, zu der Vertreter aller in Frage kommenden Luftfahrtbehörden und -instanzen des Reiches und Sachsens gehörten. Man rechnet damit, daß die Sperre über den Flughafen demnächst mit der einschränkenden Bestimmung aufgehoben werden wird, daß nur Verkehrsflugzeuge mit kurzem Start und Auslauf abfliegen oder landen dürfen, während bisher die Verwendung nur bestimmter Typen im Luftverkehr über Dresden in einer internen Vorschrift der Luftfahrt angeordnet wurde. Außerdem soll die Umgebung des Flughafens durch Abholzen einzelner Waldstücke und Niederlegung von größeren Hindernissen verbessert und das Flughafengelände vergrößert werden.

Dieses Kabinett vorgehen. Der nationalsozialistische Wirtschaftsfachverständige habe zur Aufhebung der Zinstreckschaft eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er vollständig abgeschrieben habe, und zwar aus dem 3. Buch Moses, Kapitel 25. Es sei bezeichnend, daß die Nationalsozialisten ihre Anleihen machen ausgerechnet bei Moses und den Propheten (Stürmische Heiterkeit). Seine Partei werde die Vorlage des von der Regierung angekündigten Reformprogramms abwarten und behalte sich ihre Stellungnahme dazu vor. Sie müsse aber verlangen, daß diese Vorlage parlamentarisch verabschiedet wird. Seine Fraktion werde im Ausschuß Änderungsanträge stellen.

Die vollständige Aufhebung der Notverordnung wäre aber nicht zu verantworten, wenn nicht vorher ein Ersatz geschaffen ist, weil sonst auch die Arbeitslosenversicherung verloren wäre.

In der Außenpolitik sei der Erklärung des Reichskanzlers zuzustimmen. Hitler habe in der Auslandspresse ja auch erklärt, daß ein von ihm geführtes Deutschland alle Verpflichtungen peinlich genau erfüllen werde.

Das nationalsozialistische Programm

Vizepräsident Stöhr übernahm dann zum erstenmal die Verhandlungsleitung. Er erteilte als nächstem Redner das Wort dem Abg. Straßer (Nat.-Soz.).

Abg. Straßer verlas ein formuliertes Aktionsprogramm der Nationalsozialisten: „Wir wollen keine Reaktion, sondern Befreiung. Wir wollen keine Judenverfolgung; aber wir verlangen die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben.“

Wir wollen keinen neuen Krieg, denn wir wissen, daß Europa und die Welt nur gefunden können, wenn die führenden alten Kulturvölker wieder in sich gefunden. Wir scheuen aber den Krieg nicht, wenn er das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche Selbständigkeit und soziale Freiheit wieder herzustellen.

Es sei zu verlangen, daß auch die übrigen Staaten die feierlich beschworene Verpflichtung zur Abrüstung durchführen. Darum müsse eine Revision der Verträge von Young und Versailles verlangt werden. Als Grundrecht der deutschen Verfassung verlange seine Partei die Proklamierung der allgemeinen Wehr- und Arbeitspflicht. Die Nationalsozialisten hätten das tiefste Mißtrauen gegen dieses Kabinett und würden darum für jeden Mißtrauensantrag stimmen. Da sei der Außenminister Dr. Curtius und schließlich der Wehrminister Groener, dessen Amtsführung nicht die leiseste Idee deutschen Befreiungswillens erkennen lasse. Groener werde seine Tätigkeit fortsetzen im Sinne des Rrats. (Große Unruhe in der Mitte, Rufe: „Gibt es keinen Ordnungsruf?“ — Reichskanzler Dr. Brüning erhob sich und verließ nach einigen Sekunden den Saal.)

Am Schluß der Straßer-Rede erhoben sich die Nationalsozialisten und drachen handclauschend in stürmische Heilrufe aus.

Vizepräsident Stöhr: Mir wird mitgeteilt, Herr Abg. Straßer, daß Sie dem Minister Groener den Vorwurf des Eidbruchs gemacht haben. (Abg. Straßer: „Des Verrats!“) Ich muß Sie dafür zur Ordnung rufen.

Kampfanlage der Kommunisten

Als darauf der nächste Redner, der kommunistische Abg. Pies die Rednertribüne betrat, verließen die Nationalsozialisten, viele andere Abgeordnete und sämtliche Minister den Saal.

Abg. Pies (Komm.) forderte die Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes und der Antifaschistischen Jugendorganisation. Diese verbotenen Organisationen beständen trotz aller Verbote fort. Die kommunistischen Abgeordneten erhoben sich bei diesen Worten und brachten auf die verbotenen Organisationen ein dreimaliges

Orofenhain. Von einem auswärtigen Automobil wurde am Mittwochnachmittag ein 9 Jahre alter Junge von hier überfahren, wobei der Bedauernswerte schwere Kopfverletzungen unter teilweiser Stalperung der Kopfhaut davontrug. Der Knabe, der auf einem Rade gefahren war und das Fahren noch nicht beherrschte, fand im hiesigen Krankenhaus Aufnahme.

Wetter für morgen:

Zeitweise leicht aufsteigende Winde aus Südost bis Südwest, vorwiegend heiter, Neigung zur Nebelbildung. Nach kühler Nacht tagsüber beträchtliche Erwärmung.